

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz  
Kontokonto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Ersteinst an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezieger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzelle (Masse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.30. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhirsdorf, Bretinig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lichtenberg, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 70

Donnerstag, den 24. März 1927

79. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Fabrikbesitzerin **Uma verw. Feilgenhauer** geb. Kreiner, Inhaberin der Firma **Arth. Feilgenhauer**, Schürzen- und Berufskleiderfabrik in **Pulsnitz**, Kurze Straße 1, wird Termin zur Abnahme über die vom Konkursverwalter gelegte Schlussrechnung auf

den 30. März 1927, vormittags 9 Uhr

vor dem Amtsgerichte Pulsnitz bestimmt.

Amtsgericht Pulsnitz, am 23. März 1927.

## Das Wichtigste

Im Reichstag wurde die außenpolitische Debatte fortgesetzt.  
Im Reichstage wurde gestern das kommunistische Misstrauensvotum gegen den Reichsminister des Innern von Reubell in einfacher Abstimmung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.  
Im Reichstage wurde gestern das kommunistische Misstrauensvotum gegen den Reichsaussenminister Dr. Stresemann gegen die Stimmen der Kommunisten und der Wölkischen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten abgelehnt.  
Der Reichsetat, der um 1/4 Milliarden überschritten war, ist wieder ausgeglichen worden.  
Die Regierungsparteien haben ein Kompromiß in der Arbeitszeitfrage geschlossen.  
Drei Kommunisten drangen gestern in ein böllisches Versammlungstotal in der Friedrichstraße in Berlin ein, verletzten den Wirt durch Schläge ins Gesicht und entliefen dann bis auf einen, der festgenommen und der Abteilung la zugeführt wurde.  
Gestern abend ist die allgemeine Messe in Köln geschlossen worden. Der letzte Nachmittag brachte noch einen starken Besuch, der dem Sonntagabend nicht nachsteht. Auch ausländische Interessenten waren gestern wieder auf der Messe vertreten.  
Infolge Einbruches einer Mauer wurden fünf Arbeiter der Leunawerke schwer verletzt.  
Bei Rudowa (Glatzer Gebirge) häuften ein Lastauto mit 70 Personen ab. Bisher wurden 7 Tote und 18 Schwerverletzte gezählt.  
In der Genfer Abrüstungskonferenz forderte der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, allgemeine Abrüstung.  
Nach einer königlichen Verordnung wird auch für Belgien eine ständige Kommission geschaffen, die dem Kriegsministerium untersteht und die nationale Verteidigung für den Kriegsfall bis in die kleinsten Einzelheiten vorbereiten soll. Ein Generalstabsoffizier wird die Arbeiten der Kommission leiten.  
Anlässlich des 100. Geburtstages Henrik Ibsens gibt Norwegen Briefmarken mit seinem Bilde heraus.  
Wie aus Schanghai gemeldet wird, ist die Räumung von Nanking durch die Frauen und Kinder der Ausländer in vollem Gange. Britische und amerikanische Kriegs- und Handelsstütze bringen sie nach Schanghai.

## Zankapfel Albanien.

Das an der Westküste des Balkans gelegene, von der nahe gegenüberliegenden italienischen Küste nur durch die Straße von Otranto getrennte Land **Albanien** ist von jeher ein Schmerzenskind der europäischen Politik gewesen. Das Land ist nur unzureichend besiedelt; die Bewohner sind kriegerisch, schwer zu behandeln und neigen dazu, dem Führer zu folgen, der ihnen die meisten Vorteile bietet. Das Land ist eigentlich niemals richtig zu ruhigen Zuständen gekommen.  
Albanien war ein Teil des türkischen Reiches und zählte vier sogenannte Wilajete; während des Balkankrieges erklärte eine am 29. November 1912 zusammengetretene Nationalversammlung Albanien für unabhängig. Im Londoner Frieden vom 30. Mai 1913 verzichtete die Türkei endgültig auf Albanien. Nach den Bestimmungen der Großmächte sollte das Land ein selbständiges Fürstentum bilden; ihm wurde auch der Herrscher bestellt. — Wir wissen, daß dies ein deutscher Fürst war, der Prinz Wilhelm von Wied, der am 7. März 1914 in dem am Adriatischen Meere gelegenen **Durazzo** einzog. Er erlebte wenig Freude, konnte keine Ruhe im Lande schaffen und verließ es nach Ausbruch des Weltkrieges, am 3. September 1914. Er verzichtete übrigens nicht auf seine Herrscherrechte.

Albanien, das Italien gegenüberliegt und das mit Jugoslawien gemeinsame Grenzen hat, das ferner nicht in der Lage ist, einen auf die Dauer selbständigen und lebensfähigen Staat zu bilden, ist heute ein Zankapfel zwischen Italien und Jugoslawien.

Italien, der Kraftvoll unter Mussolinis Führung aufwärtsstrebende Großmacht, hat es verstanden, großen wirtschaftlichen Einfluß in Albanien zu gewinnen. Es hat das Land friedlich durchdrungen. Die albanische Staatsbank ist ganz von italienischem Kapital abhängig, die Schifffahrt — und mit ihr der einzige Verbindungsweg zur großen Welt — in italienischen Händen.

In Belgrad, der Hauptstadt des ehrgeizigen jugoslawischen Staates, erregt diese friedliche Durchdringung des Landes und die damit gewonnene feste Position Italiens auf dem Balkan erhebliche Besorgnisse; man sieht, daß die weiteren

## Stresemann gegen die Kritik an Genf

Die Pariser Presse zur Stresemann-Rede — Rom sieht den Adria-Konflikt als beigelegt an — Auch Paris und London über den Adria-Konflikt beruhigt

### Deutscher Reichstag.

294. Sitzung, Mittwoch, den 23. März 1927.

Bei der zweiten Lesung des Haushaltes des Auswärtigen Amtes ergriff zunächst der Demokrat **Dr. Haas** das Wort. **Dr. Haas** griff die Regierung wegen ihrer Haltung in Genf hinsichtlich der Saarfrage und der oberösterreichischen Schulfrage an, weil sie auf einwandfreie deutsche Ansprüche verzichtet habe. Er wolle die jetzigen Grenzen im Osten nie als zu Recht bestehend anerkennen könnten, müßten wir uns doch bemühen, durch Befestigung des Verhältnisses zu Polen eine friedliche Lösung aller Probleme, besonders bei den Handelsvertragsverhandlungen zu erreichen. Mit dem im Versailler Vertrag versprochenen Rüstkingsbeschränkung müsse endlich Ernst gemacht werden. Unerträglich sei die Behandlung der Deutschen in Süditalien. Sie sei ein Schritt auf die europäische Kultur.

Trotz der Opposition der Demokraten wünschte der Redner der Demokraten dem Außenminister große Erfolge und sprach insbesondere die Hoffnung aus, daß in absehbarer Zeit die Rheinlandräumung erreicht werden möge.

**Abg. Dr. Bredt** (Wirtsch. Bergg.) bedauert, daß man feinerzeit im deutschen Volke so übertriebene Hoffnungen auf die Früchte von Thotry geweckt habe. Die Weltpolitik werde heute beherrscht von dem russisch-englischen Gegensatz. Wenn der Völkerbund offensiv gegen Rußland vorgehe, könne Deutschland neutral bleiben, wie es überhaupt auf strengste Neutralität bei allen Gegenständen achten müsse.

**Abg. Dr. Emminger** (Bayer. Op.) weist darauf hin, daß die Mehrkosten des Etats des Auswärtigen Amtes gegenüber der Vorkriegszeit hauptsächlich durch die Balkanisierung Europas hervorgerufen seien.

### Reichsaussenminister Dr. Stresemann

nimmt erneut das Wort in der Aussprache und erklärt, an Kritik an der Haltung der deutschen Delegation in Genf habe es ja nicht gefehlt. Es habe in dieser Frage beinahe eine Einheitsfront in diesem Hause gegeben. Diese Kritik ist von der „Notenjahne“ aufgenommen worden, und es wird dort gesagt, daß die ganze Art der Ausführungen des Außenministers bewiesen hätte, daß feste Vereinbarungen zwischen Chamberlain, Mussolini und Stresemann beständen über Deutschland als Aufmarschgebiet und Kriegsschauplatz gegen Rußland. Es liegt nicht im Interesse unserer Beziehungen zu den anderen Mächten und auch nicht im Interesse unserer Beziehungen zu Sowjet-Rußland, daß solche Behauptungen fortgesetzt wiederholt werden.

Ich habe keine Veranlassung, so erklärt der Minister weiter, mich denen anzuschließen, die die Ergebnisse von Genf als unbefriedigend bezeichnen.

Einen Außenminister, der jedesmal befriedigende Ergebnisse aus Genf zurückbringt, wird man schwer finden. Ich muß es ablehnen, irgendwie eine Garantie dafür zu geben. In der Dezembertagung haben wir unsere Wünsche in ziemlich großem Maße durchsetzen können. Vielleicht hat das zu mancher Zurückhaltung der Staatsmänner in der Märztagung Veranlassung gegeben. Jede Lösung des Völkerbundes wird der Natur dieses Bundes entsprechen und ein Kompromiß sein müssen.

Man sagt, wir hätten in Genf lieber in der Minderheit bleiben sollen. Es gehört zu den ungeschriebenen Gesetzen des Völkerbundes, niemals nach Nationen abzustimmen. Es muß eine Einigung gesucht und gefunden werden. Ob es bei dem Wege, den wir noch vor uns haben, psychologisch richtig gewesen wäre, wenn in dem Augenblick, wo zum ersten Male der deutsche Außenminister den Vorsitz führte, eine von allen Nationen anerkannte Tradition gebrochen wäre, muß ich bezweifeln. Man muß sich fragen, ob das Objekt, um das gestritten wurde, diesen Einfluß lohnte. Zur

### Saarfrage

übergehend, betonte der Minister, der Bahnschutz, der dazu diene, die im Rheinland stehenden Truppen in die Heimat zu befördern, sei nicht eine Idee der Saarregierung, sondern des Völkerbundes. Das bedeute, daß sich der Völkerbundrat schon vor dem

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in bezug auf die Errichtung eines derartigen Bahnschutzes festgelegt hat.

**Dr. Stresemann** wandte sich dann gegen diejenigen Kritiker, die selbst die von ihm im Rat gehaltenen Reden für zu scharf hielten. Wenn Deutschland lediglich ein Kompromiß vorgeschlagen und seinen Rechtsstandpunkt nicht dargelegt habe, dann würde man mit Recht gefast haben, daß der Außenminister zu Unrecht die erste Gelegenheit zur Vertretung des deutschen Standpunktes in der Saarfrage verpaßt habe. Er bitte noch einmal, zu würdigen, ob nicht die Aufrechterhaltung des deutschen Standpunktes dazu führe, daß Deutschland für künftige Verhandlungen in der Saarfrage nichts preisgegeben habe. Er glaube, bei aller unbefriedigten Regelung der Saarfrage sagen zu müssen, daß man doch ein Stück Unrecht mit dem Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet gutgemacht habe.

**Dr. Stresemann** kam dann auf

### Die deutsch-polnischen Besprechungen in Genf

und erklärte, er glaube, nirgends Widerspruch zu finden, wenn er sage, daß Deutschland durch einen Völkrieg gegen Polen auf die Dauer nicht gewinnen könne. Die deutsche Regierung wäre töricht, wenn sie einen Handelsvertrag mit Polen nicht abschließen werde, falls dieser Vertrag vernünftig sei. Das Niederlassungsrecht sei von Polen in einem rein antideutschen Sinne ausgelegt. Eine Regelung des Niederlassungsrechts sei deshalb notwendig. Heute werde über diese Frage in anderer Zusammenfassung der Delegationen verhandelt. Man hoffe, zu einem Ergebnis zu kommen.

**Dr. Stresemann** ging dann nochmals auf die

### Frage der Rheinlandräumung

ein. Er erklärte, man habe einen starken Optimismus aus seinen Ausführungen herausgesehen. Deutschland habe keine Verantwortung, sich davon abdrängen zu lassen, was Briand in Thotry für möglich gehalten habe, und was Briand damals in einem von ihm verfaßten Kommunique als Auffassung beider Minister festgelegt habe.

Der Außenminister behandelte anschließend die

### Schulfrage in Polnisch-Oberschlesien.

**Dr. Stresemann** wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß in der Anschauung der deutschen Regierung und der Deutschen in Oberschlesien ein Widerspruch bestesse. Der Völkerbund habe sich an den Völkerbund gewandt und auf die Gefahr hingewiesen, Kinder, die kein Deutsch könnten, in die deutsche Minderheitsschule zu schicken. Dieses sei aber nicht die deutsche Auffassung. Nach letzterer habe jedes Kind die Berechtigung, in eine Schule einzutreten. Auch der Zentrumsvorsteher für Oberschlesien, **Ullrich**, sei dieser Rechtsauffassung gewesen. Wir müßten eine einheitliche Front herstellen. Die deutsche Delegation müsse danach handeln.

### Erwidern auf die Einzelkritiken.

Dann ging der Außenminister auf die Rede des deutschnationalen Abgeordneten **Spahn** über, der von einer vertrauensvollen Arbeit zwischen Kabinett und Außenministerium gesprochen habe. Die Verantwortung für die so häufig plötzlich kommenden Entscheidungen, hob Stresemann hervor, sei mehr, als ihm einzeln eigentlich zugemutet werden könne. Feststehende Verhaltensmaßregeln könne man einem Unterhändler nicht geben; man würde ihm damit die Arbeitsfreudigkeit nehmen. Der Unterhändler könne keine Grammophonplatte sein. Die Frage sei eben die, ob er das Vertrauen habe oder nicht.

Mit einem letzten Wort wandte sich der Außenminister zu **Breitfeld**. Der sozialdemokratische Redner habe ihn einen Wanderer zwischen zwei Koalitionen genannt, er hätte aber selbst zugeben müssen, daß er auch, wenn er als Vertreter eines anderen Kabinetts nach Genf gegangen wäre, mit keinem anderen Ergebnis zurückgekommen sein würde. Derjenige deutsche Außenminister werde den größten Erfolg haben, hinter dem die Regierungspartei und die Opposition stünden.

Die von den Kommunisten beantragte Streidung des Ministergehalts wird abgelehnt. Zu dieser Frage erklärte der Demokrat **Erfelenz**, daß seine Fraktion gegen den Antrag stimme,

